

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #5

Kein Staat zu machen

Seit Jahrzehnten erzählt uns die Politik, dass sie die Globalisierung nicht einhegen könne. Das stetige Wachstum von Handel und in transnationale Wertschöpfungsketten aufgeteilte Industriegüterproduktion, mehr Autos, mehr Straßen, mehr Konsum und Ressourcenverbrauch, mehr globaler Tourismus, mehr Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe schienen unvermeidlich, fast schon naturgegeben – und konnten gesellschaftlich auf entsprechenden Rückhalt bauen. Internationale Konferenzen, wissenschaftliche Prognosen, Parteien, Bewegungen und auch ein jugendlich verzweifertes »How dare you« von Greta Thunberg vor den Vereinten Nationen verpufften weitgehend effektlos. Auf die zahlreichen Warnungen vor der Klimakrise als der größten Menschheitskatastrophe reagierte die Politik bestenfalls mit distinguiert Betroffenheit und schüchternen Maßnahmen. Mit weit mehr Entschiedenheit wurde argumentiert, dass die liberalisierten Finanzmärkte nicht kontrollierbar und große Vermögen nicht besteuert werden können, dass aus Effizienzgründen öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge abgebaut und Löhne oder Umweltstandards gesenkt werden müssten.

Dann kam Corona, und es war wie in einem Film: Alles wurde schlagartig ganz anders.

Mit Seuchenbeginn setzte der Staat in vielen Ländern die Märkte, den Handel und die Produktion, aber auch den Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb sowie die Kinderbetreuung, also fast alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens, außer Kraft. Nicht alle, aber doch die meisten Räder standen plötzlich still. Und der Staat agierte in vielen Ländern nicht nur autoritär oder repressiv: Er aktivierte Gesundheitssysteme und Betreuungsverhältnisse, initiierte Forschungsprozesse und ordnete ganz planwirtschaftlich die Herstellung spezifischer Güter an wie Medi-

kamente oder Werkzeuge zur Eindämmung der Pandemie. Machtvoll pochte er auf das gesellschaftliche Primat der Politik und fühlte sich – vor allem in der frühen Pandemiephase – dem Schutz der physischen Unversehrtheit der/s Einzelnen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Status, mehr verpflichtet als der Wirtschaft.

Die gleiche Politik, die sich über mehrere Jahrzehnte unfähig, unwillig oder mutlos zeigte, ihre Kernaufgabe wahrzunehmen und die beiden immer dringlicher werdenden Menschheitsfragen – wachsende Ungleichheit und Klimawandel – zu lösen, ist wieder erwacht. Erstmals seit Beginn der Moderne wurde im Rahmen bewussten politischen Handelns der Lauf der Welt fast überall verlangsamt oder sogar stillgelegt.

Die Lehren, die wir daraus ziehen können, sind beachtlich. Mit Beginn der Globalisierung wurde den Bürger*innen oft eine wachsende Komplexität politischer Steuerung gepredigt: Globale Problemlagen, transnationale Unternehmen oder europäische Entscheidungen würden nationale Staaten überfordern. Sie machten die Einbeziehung verschiedener Politikerebenen (lokal/national/international), neuer Akteur*innen und politischer Arenen ratsam: lose gekoppelte Gremien, Netzwerke, Schiedsgerichte etc. Diese Aufweichung parlamentarischer Entscheidungsfindung und demokratischer sowie rechtlicher Prozedere wurde immer mit fehlender Zeit oder Sachkompetenz begründet und als Zugewinn politischer Effizienz begrüßt.

Der neue Pluralismus, der Konzerne, Expert*innenberatung und Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Herkunft, Zielorientierung und Größe einschloss, sollte Politik stärker professionalisieren, schneller und handlungsfähiger machen und insgesamt breiter legitimieren. Diese schöne bunte Welt des effektiven Regierens wurde auch von den Politikwissenschaften lange propagiert und mit dem sanftmütig klingenden Begriff »Governance« weichgespült: Regieren nicht mehr nur durch den Staat, sondern auch mit und jenseits des Staates.

Heute zeigen uns zahllose Studien: Governance hat nicht zu mehr Demokratie und zur Teilhabe vieler geführt, sondern meist das Gegenteil erreicht. Politik und soziale Versorgung wurden entmachtet, privatisiert oder schleichend entdemokratisiert. Im Einklang damit wurden beachtli-

che Teile der Daseinsvorsorge dem Markt überlassen und privatisiert. Die Bürger*innen wurden bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen oder auf dem Amt zu Kund*innen.

Corona hat den Staat wieder zum Erwachen gebracht – auch wenn der dafür nötige Kuss vergiftet war. Seither hat sich der Nationalstaat in vielen Ländern auf seine Kernkompetenzen besonnen und gezeigt, dass er enorm handlungs- und durchsetzungsfähig ist. Alle wichtigen Akteur*innen wie Unternehmen, Medien, Verbände, Kultur sowie die Bürger*innen, die sonst gerne über Staatsversagen sinnieren und mehr Markt oder Eigenverantwortung fordern, sind seit Covid-19 froh, dass sie während der Pandemie unter den Schutzschirm des Staates kriechen konnten und können – ist dieser für viele auch löchrig. Denn sie sehen, dass dort, wo dieser Schutz kaum oder nicht existiert, wie in den USA, Brasilien oder Indien, Covid-19 ein Gemetzel anrichtete. In diesen Ländern war es nicht mehr nur das Virus, das tötete. Es war und ist vor allem auch die Politik.

Eine von vielen Sozialwissenschaftler*innen vertretene Theorie schlug in die gleiche Kerbe des geschwächten Nationalstaates: dass das Kernprinzip und die Essenz moderner westlicher Gesellschaften in der funktionalen Ausdifferenzierung verschiedener komplexer Subsysteme wie Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur, Religion etc. bestehe, die nicht mehr übergreifend handeln können. Die Erzählung war folgende: Die Entstehung eines breiten Problembewusstseins, einer geteilten Perspektive über verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche hinweg, ein übergreifendes, konzertiertes politisches Handeln ist in so komplexen Gesellschaften wie der unseren nicht mehr möglich. Dieser Befund schien evidenzgesättigt und überzeugend: Klimawandel mag im Subsystem Politik und bei den Medien wichtig sein, in der Wirtschaft wird das Thema erst relevant, wenn es sich »rechnet«. Bisher also zu wenig. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich wird trotz vieler Klagen und Proteste nicht geringer werden, sofern die Subsysteme der Reichen nicht tangiert sind. Also sehr lange noch nicht. Oder niemals.

Doch ohne eine zentrale und effiziente Steuerung der Politik, in der alle Teilsysteme auf ein gemeinsames Ziel verpflichtet wurden, wäre die Durchschlagskraft des Staates in der Pandemiebekämpfung nicht erreich-

bar gewesen. Der Ansatz, Gesellschaft primär als Anzahl selbstreferenzieller Systeme zu verstehen, die eigen- bis starrsinnig nur noch ihren eigenen operativen Codes folgen, ist nun nicht mehr gegen Kritik immun. Die ein solches Staats- und Gesellschaftsverständnis vertretende Theorie – die gerne als Begründung für fatalistische Abgeklärtheit und politische Apathie bemüht wurde – wurde von Corona empirisch widerlegt. Das Erwachen des Coronaausnahmestaates wurde von der gesellschaftlichen Komplexität nicht behindert.

Dies ist nicht die einzige Widerlegung eines Theoriegebäudes, die Corona in unserem Staatsverständnis hinterlässt. Wir durften gleichzeitig lernen, dass der Staat kein Handlanger der Wirtschaft und der Banken ist, wie viele glauben – und nach der globalen Finanzkrise ab 2007 teilweise bestätigt gefunden haben. Doch in der Pandemiebekämpfung galt, dass staatliches Handeln nicht nur der Sicherung der Banken, der Märkte und der Profite nützte. Vielmehr wurden wirtschaftliche Interessen vernachlässigt, um die zu schützen, die durch das Virus am meisten gefährdet waren: Hochbetagte, Kranke und Schwache. Deren Sterben hätte, menschenverachtend argumentiert, für Finanzmärkte und Unternehmensgewinne kein Systemproblem dargestellt. Covid-19 verspricht innerhalb einer solchen Sichtweise geradezu, »demografische Schiefllagen« zu bereinigen, die Krankenkassen und Rentensysteme nachhaltig zu entlasten und somit das System als Ganzes ökonomisch zu stärken.

Doch die Politik hat sich auch gegen die Interessen von Wirtschaftsbranchen und Finanzmarktlogiken durchgesetzt, wie die zahllosen Klagen verschiedener Verbandsvertreter*innen, die auf jede neue Coronamaßnahme folg(t)en, immer wieder bestätig(t)en. Der Staat agierte seit Beginn der Seuche nicht gegen die Interessen der Beherrschten, sondern durchaus in ihrem Interesse. Der Staat ist nicht der Büttel des Kapitals.

Das Virus hat also nicht nur Menschen, sondern auch Glaubenssätze zerstört. Doch wie sollen wir nach diesem Verlust manch lieb gewonnener Gewissheit den Staat nach Corona verstehen und wie der Politik in Zukunft begegnen?

Am überzeugendsten scheinen weiterhin Theorieversuche, die den Staat als das »Monopol der legitimen symbolischen Gewalt« verstehen (so der

französische Soziologe Pierre Bourdieu), in der kollektive (bestenfalls demokratische) Prinzipien und private Wirtschaftsinteressen kontinuierlich am Ringen sind und nach Claus Offe »koexistenzfähig« gemacht werden müssen. Staaten operieren also stets in einer genuinen Doppelrolle der Vermittlung zwischen ökonomischen und sozialen Interessen. Ergänzt wird diese Funktion durch ein starkes Interesse des Staates und seiner Akteur*innen an sich selbst und daran, mit ihrer Politik nicht nur den Staat als Ganzes zu legitimieren, sondern auch die eigene Existenz abzusichern. So sind die Sozialleistungen und Schulsysteme in den westlichen Ländern nicht nur der kapitalistischen Verwertungslogik geschuldet, ein gut ausgebildetes und hochproduktives Heer an Erwerbstätigen zu stellen. Sie sind aber auch nicht nur Ausdruck eines tieferen Verständnisses sozialer Gerechtigkeit oder als humanistische milde Gabe zu verstehen – wie es auf so manchem deutschen Amt immer noch vermittelt wird. Und über das Eigeninteresse der Politik(er*innen) muss mit Blick auf Deutschland und parteiinterne – sonst völlig inhaltsleere – Machtkämpfe, die vor Wahlen wichtiger sind als die Bekämpfung einer tödlichen Pandemie, kein weiteres Wort verloren werden.

In solchen Auseinandersetzungen innerhalb des Staates selbst kam und kommt es zu unterschiedlichen Ausschlägen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten weltweit starke staatliche Umstrukturierungen zugunsten von mehr politischer Mitbestimmung und sozialer Teilhabe, durch die sich zumindest in den Industrienationen das Versprechen vom »Wohlstand für alle« vielfach erfüllte. Seit den 1980er-Jahren haben wieder Wirtschaftsinteressen in der Politik verstärkt an Einfluss gewonnen. Nach dem Mauerfall wurden sie immer wirkungsmächtiger. Was sich unter Francis Fukuyamas Bonmot vom »Ende der Geschichte« noch als ein Versprechen auf marktwirtschaftlichen Segen für alle und einen weltweiten Sieg der westlichen Demokratie las, begann bald zu bröckeln.

Viele sehen diese Geschichte heute anders: Entschieden, überzeugend und grenzenlos optimierte die Politik des Westens seit Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus global die Bedingungen für die Finanzmärkte, für große Vermögen und Unternehmen. Der ökonomischen Globalisierung öffnete sie Tür und Tor und behinderte ihre soziale und ökolo-

gische Einhegung. Mit den wehenden Fahnen des Neoliberalismus wurde weltweit die öffentliche Daseinsvorsorge vernachlässigt und die Umwelt zerstört. Viele wurden unter dem Banner des Wohlstands und der Freiheit ins Elend gestoßen. Erstmals ins Straucheln kam dieses Geschäftsmodell mit der globalen Finanzkrise ab 2007. Doch erst heute deckt Corona als sozialer Marker die Schwachstellen dieser Politik gnadenlos auf: Kaputtgesparte oder nicht existente Gesundheitssysteme, überlastete Pflegeeinrichtungen und unwürdige Arbeitsbedingungen zeigen den aktuellen, maroden Zustand unseres Gemeinwohls an und schreien nach Veränderung!

Solche Pendelbewegungen zwischen mehr Markt für wenige und der Teilhabe vieler ist kein neues Phänomen, wie Karl Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* historisch nachgewiesen hat. Am Beispiel der englischen Industrialisierung verdeutlicht er, dass freie Märkte nicht wie nach dem Irrglauben vieler Ökonom*innen spontan entstanden sind und sich dank überlegener ökonomischer Effizienz als Virus der Freiheit so dynamisch ausbreiteten wie heute Covid-19. Vielmehr mussten sie politisch gewollt sein und sogar gegen nennbaren sozialen Widerstand, mitunter gewalttätig, durchgesetzt werden. Ab einem bestimmten Punkt verselbstständigte sich dann die Ökonomie, wir wurden zur »Marktgesellschaft«, die alles, auch den Menschen, dem Diktat des Marktes unterordnete. Diese »Entbettung«, also die völlige Loslösung der Wirtschaft von gesellschaftlichen Belangen und Erfordernissen, führte zu mehr Elend und Ungleichheit und provozierte eine kulturelle und soziale Verwahrlosung, die die Gesellschaft existenziell bedrohte und schließlich neue politische Gegenbestrebungen auslöste, die Wirtschaft wieder stärker zu regulieren.

Offensichtlich zeigt uns Corona, dass wir uns an einem Punkt befinden, wo eine derartige Wiedereinbettung des Ökonomischen nötig ist. Die an Gehör gewinnende Forderung eines »eingebetteten Liberalismus« geht genau in diese Richtung, ist aber zu handzahn und wird kaum reichen, um die zentralen Probleme des 21. Jahrhunderts zu bearbeiten. Polanyi selbst ging weiter und plädierte für eine stärkere demokratische Kontrolle von Arbeit, Boden, Geld und Markt. Hier ist als Erstes der demokratisch legitimierte Staat gefragt.

Dass der Staat trotz wachsender Komplexität handlungsfähig ist und nicht von Wirtschaftsinteressen oder den Vermögenden dominiert wird, sondern als ein soziales Verhältnis verstanden werden muss, in welchem verschiedenes Handeln möglich ist, ist per se noch keine gute Nachricht. Die Forderungen nach mehr sozialer und politischer Teilhabe müssen sich trotzdem Gehör verschaffen, wahr- und ernst genommen werden, bevor sie sich in der Politik manifestieren können. Das erfordert nicht nur eine Vision, Überzeugung und Leidenschaft, sondern auch Ressourcen und Einsatz, Zeit und Erfahrung im politischen Geschäft. Da nicht alle im gleichen Umfang darüber verfügen, wird so manch berechnete Forderung früh ausgeschlossen, ausgefiltert oder versandet schließlich im politischen Prozess.

Genau dies ist seit Pandemiebeginn durchgehend zu beobachten und erklärt viel der Wankelmütigkeit, Verzögerungen und Fehlentscheidungen der politisch Verantwortlichen. Diese sahen und sehen sich selbst fast täglich mit unbekanntem Situationen konfrontiert und wurden zu Getriebenen. Vieles wurde trotzdem richtig gemacht: Die Vollbremsung von Wirtschaft und Gesellschaft, kombiniert mit massiven sozialen und wirtschaftlichen staatlichen Subventionen, haben das Schlimmste verhindert und die Ausgangsbedingungen für einen Neustart verbessert. Die abrupte Abkehr von der angebotenen schwarzen Null garantiert Zukunft. Die gemeinsame Schuldenaufnahme der Europäischen Union kann die regionale Integration festigen und für die nächsten Herausforderungen stärken. All das förderte ein neues positives Staatsbewusstsein. Viele waren stolz, dass sie in einem funktionierenden Staatswesen mit vernünftig und maßvoll handelnden Politiker*innen leben, die die Pandemie verantwortungsvoll angehen.

Dieser Eindruck hat sich stark gewandelt. Da blieben Kitas und Universitäten, Schauspielhäuser, Museen, Kinos und Schwimmbäder geschlossen, Flugreisen aber weiter möglich. In welchem Theater haben Sie schon so eng neben dem Nachbarn gesessen und gegessen wie in einem Flugzeug? Schulen sind uns wichtig, bleiben fast ein Jahr geschlossen und sind dann immer noch nicht hinreichend mit Lüftungsanlagen ausgerüstet, Schlachthöfe dürfen trotz dramatischer Coronaausbrüche weiterarbeiten. Fabrik-

hallen blieben fast durchgehend geöffnet, Grillpartys und Ansammlungen Jugendlicher in der Natur wurden verfolgt. Großraumbüros wurden nicht geschlossen, aber es gab nächtliche Ausgangssperren, obwohl hinreichende Untersuchungen vorliegen, dass sich das Infektionsgeschehen intensiv in Räumen, aber weniger im Freien verbreitet. Aus purem Geiz wurde nicht genug Impfstoff geordert, sodass sich die Impfungen sträflich verzögerten und verlangsamen. Trotz Kritik wurde die soziale Dimension der Pandemie lange nicht berücksichtigt, werden unzureichende Präventions- und Impfpräferenzen gesetzt, Impfkampagnen falsch ausgerichtet und somit die Dauer des Infektionsgeschehen unnötig verlängert. Nicht zuletzt wurde darüber nachgedacht, minderwertige Masken an Arme und Schwache zu verteilen. Zu wenig debattiert wurde über die Frage, ob solch menschenverachtender Zynismus in der Politik Grund genug für einen Rücktritt sein sollte.

Seit zahllosen Monate regiert ein ständiges Stop-and-go, ein Überbietungswettbewerb zwischen Lockdown und Lockerung, der weniger wissenschaftlichem Ratschlag oder Vernunft geschuldet zu sein scheint als der Rechthaberei verschiedener politischer Ebenen und Politiker*innen, der Legitimationshascherei von Parteien, der Profilsucht einzelner Ego-man*innen oder einfach der Inkompetenz (die beiden letzten Phänomene scheinen oft gekoppelt). Gravierende Fälle von Korruption und Machtmissbrauch kamen ans Licht. All das erschöpfte die Bevölkerung und lässt die Unterstützung für die Pandemiebekämpfung ebenso sinken, wie es die Impfmüdigkeit erhöht.

Fünfter Schritt: Fairdenken statt Querdenken

Die politischen Proteste gegen die Infektionsbekämpfung nehmen an Wucht und Bedeutung zu. In Deutschland versammeln sich diese Bewegungen unter der Selbsttitulierung »Querdenker«. Sie zeichnen sich durch ein breites und teilweise diffuses Sammelsurium an Menschen, Gruppen, Interessen und Forderungen aus. Die Politik und Teile der Bevölkerung stehen diesen Protesten oft rat- bis fassungslos gegenüber.

Viele Positionen der »Querdenker« konzentrieren sich auf die Kritik an staatlich verordneten Freiheitsbeschränkungen wie dem Tragen von Masken, der Einhaltung von Sicherheitsabständen, der Schließung von Gastronomie und Läden. Bemerkenswert ist die große Diskrepanz zwischen den Positionen der Protestierenden und denen der Wissenschaft bei der Bewertung der Pandemie: Für die »Querdenker« gilt die Gefährlichkeit des Virus als drastisch überbewertet, daher werden die staatlichen Maßnahmen als nicht verhältnismäßig und in ihrer Durchsetzung als überzogen autoritär angesehen.

Eine Studie der Universität Basel von Ende 2020 über Zusammensetzung und Ziele der »Querdenker« erleichtert eine Annäherung an diese Bewegung: Darin wird bestätigt, dass es sich um disparate soziale Gruppen handelt, die sich über gemeinsame Inhalte und geteilte Mentalitäten neu verbinden. Einigend ist vor allem eine starke Entfremdung von Institutionen des politischen Systems und der liberalen Demokratie, seien es Volksparteien oder Parlamente, aber auch von internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, der Weltgesundheitsorganisation WHO oder den Vereinten Nationen sowie den etablierten Medien. Dieses Ablehnen des Establishments schafft eine ostentative Distinktion, befördert also das Streben nach Anderssein. Aber nicht als Ausdruck der eigenen Individualität, sondern zum Beschwören eines neu gefundenen eigenen Kollektivs. Wie in anderen Protestbewegungen spielen Emotionalität und affektive Momente eine wichtige Rolle, um Gruppenidentität und Gemeinschaft herzustellen. In Coronazeiten, da Zusammenhalt vor allem bedeutet, nicht physisch zusammenzukommen, scheinen die Treffen der Bewegung, die gegen physische Distanz und scheinbar gegen jegliche Vernunft verstoßen, für viele wie eine spontane Befreiung zu wirken.

Auffällig ist, dass es sich bei den »Querdenkern« mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht mit einem Durchschnittsalter von knapp 50 Jahren handelt; vergleichsweise hoch ist der Anteil Selbstständiger mit 25 Prozent. Viele »Querdenker« haben sich erst politisiert, fast die Hälfte von ihnen hat in der Vergangenheit noch an keinem anderen Protest teilgenommen. Die politisch Erfahrenen kommen aus unterschiedlichen Strömungen, die sich mehrheitlich als eher progressiv verorten lassen.

In der neuen Bewegung tendieren sie stärker zu konservativen und immer mehr zu rechtsradikalen Positionen. »Querdenker« selbst würden eine solche Charakterisierung ablehnen, da sie sich überwiegend gegen eine Einteilung in eine Links-rechts-Schematik positionieren. Insgesamt vertreten sie kein einheitliches Weltbild, sondern artikulieren eine breite normative und oft auch widersprüchliche Vielfalt, die sich beinahe ausschließlich jenseits der tradierten Formen politischer Repräsentation bewegt.

Der Verzicht auf eindeutige inhaltliche Positionen bestätigt sich auch in der Art und Weise, wie Coronapolitik angegriffen wird: Die Kritik zielt weniger auf konkrete Maßnahmen, sondern auf die postulierte Tatsache, dass Kritik gegen die Pandemiebekämpfung prinzipiell nicht möglich sei. Nicht fachspezifische Expertise zählt im eigenen Lager, sondern die Tatsache, dass man überhaupt kritisiert. Dissens per se wird honoriert. Die Glaubwürdigkeit von Kritik wird zur Glaubwürdigkeit durch Kritik. Kritik bekommt einen ethischen Eigenwert, sie wird selbst zum Hauptzweck. Die Baseler Studie bezeichnet Coronadissident*innen mit Bezug auf Max Weber darum als typische Gesinnungsethiker*innen, verantwortlich nicht für die konkreten Konsequenzen ihrer Handlungen, sondern nur dafür, »... dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protests gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt«. So erklärt sich, dass »Querdenker« auch solche Maßnahmen geißeln, die Menschen vor Krankheit und Tod bewahren, und gleichzeitig ausblenden, dass die Umsetzung ihrer eigenen Forderungen eine Schneise der Zerstörung nach sich ziehen würde.

Es gibt in der Bewegung eine starke Neigung hin zu Esoterik, Spirituellem, zu Geheimwissen und Verschwörungsmaythen sowie (vor allem mit Letzterem) eine offene Flanke zum Antisemitismus. Das rechte Narrativ der Leugnung des Klimawandels sowie fremden- oder islamfeindliche Positionen waren noch wenig ausgeprägt. Mehr als 70 Prozent der Befragten waren gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur knapp 30 Prozent gegen die Umverteilung der Einkommen. Zusammengefasst: Die »Querdenker« vertrauen zwar nicht beziehungsweise nicht mehr der parlamentarischen Demokratie, der Politik als Ganzer, den Medien und der Wissenschaft. In ihren Dispositionen entspra-

chen sie zu Beginn aber (noch) nicht vollständig dem Bild einer rechten beziehungsweise einer genuin autoritären Bewegung. Dies hat sich gewandelt: Die Proteste waren von Anfang an für konservative und nationale Werte und Positionen offen und haben sich seither gefährlich radikalisiert.

Der soziale Background und die Altersstruktur der »Querdenker« weisen darauf hin, dass sich viele von ihnen ihre gesellschaftlichen Positionen und materielle Existenz durch Eigeninitiative auf- und ausgebaut haben und vor Corona erfolgreich verteidigen konnten. In ihrer Lebenserfahrung hat sich das gesellschaftliche Narrativ der Mittelstandsgesellschaft mit ihren zentralen Versprechen bestätigt: Aufstieg durch Leistung, Freiheit durch Demokratie, formale Gleichheit durch Rechtssicherheit, Wahrheit durch Wissenschaft, Forschung zur kontinuierlichen Minimierung des Unvorhergesehenen, steigende Lebensqualität und -erwartungen durch ausgebaute Sozialsysteme und breite medizinische Versorgung. Zukunft war berechenbar und planbar.

Die Pandemie stellt nicht eine dieser Erfahrungen infrage, sondern fast alle gleichzeitig: Die Erbringung von (Arbeits-)Leistung wird erschwert oder verboten. Dies provoziert vor allem für Selbstständige, also diejenigen, die Eigeninitiative als Schlüssel zum Erfolg ansehen, empfindliche materielle Verluste oder vernichtet ganze Existenzen. Kreativität und Talent zählen nicht mehr. Die Gastronomie wurde eingefroren, der Kulturbereich dichtgemacht. Persönliche Freiheiten werden bis in den kleinsten Bereich der Familie drastisch reguliert und eingeschränkt. Atmen wird zum kollektiven Problem. Wurde uns lange vermittelt, dass die immer stärkere globale Vernetzung der Welt unsere individuelle Selbstbestimmung stärkt, steht beides jetzt im tiefen Widerspruch zueinander. Nähe provoziert Distanz. Oder Krankheit.

Die Politik arbeitet pausenlos im Stressmodus, viele Maßnahmen sind entsprechend kurzatmig, inkonsistent, widersprüchlich, Flickwerk – oder einfach unsinnig. Sie werden zu wenig vermittelt, autoritativ durchgesetzt und erwecken den Eindruck von fehlender Mitbestimmung. Wer dann noch erfahren darf, dass der Staat zwar vielen alles abverlangt, einige Politiker sich aber an diesen Einschränkungen massiv bereichern – Stichwort Maskenskandal –, und zwar nicht nur aufgrund der Verfehlungen

Einzelner, sondern wegen der anhaltenden Verweigerung staatstragender Parteien, mehr Transparenz zu garantieren, bekommt Gründe geliefert, dem Staat und der Pandemiebekämpfung nicht mehr zu vertrauen.

Für viele waren die Wissenschaften vor der Krise bereits zu wenig auf die (Alltags-)Probleme der Menschen ausgerichtet. Durch enormen Erwartungsdruck und allgemeine Überforderung entstand so manche zu schnelle, zu vage oder falsche wissenschaftliche Einschätzung. Vertrauensvorsprünge wurden verspielt: Maske nein, Maske ja, Schulen auf, Schulen zu usw. Die Regierung votierte für eine einseitig auf die medizinisch-epidemiologische Seite ausgerichtete Krisenbekämpfung. Die Virologie avancierte zu einer veritablen Staatswissenschaft. Öffentlich trug sie weiter ihr naturwissenschaftliches Selbstverständnis zur Schau, nichts anderes als neutrales, analytisch-empirisches Wissen für eine evidenzbasierte Politik zu produzieren. Und vernachlässigte lange die sozioökonomischen Dimensionen der Pandemie. Die Politik knüpfte nahtlos daran an und versäumte es, Gremien wie einen nationalen Pandemierat zu initiieren, in dem auch Ökonom*innen, Schulexpert*innen, Jugendforscher*innen, Psycholog*innen etc. zu Wort kommen und beraten. Gleichzeitig ist vielen erst durch die Pandemie der reale Umfang unseres heutigen Nichtwissens bewusst geworden.

Die Wissenschaft, die seit der Moderne das einstige Gottvertrauen ersetzt, verlor an Glaubwürdigkeit. Verschwörungsmythen und Esoterik wuchern seither wie wild. Erstere sind Erzählungen, die das Unvorhersehbare wieder durch eine Absicht, nämlich die Verschwörung, berechenbar machen und somit Ungewissheiten und Unsicherheiten durch neue Gewissheit ersetzen. Letztere ist mit ihrer Irrationalität, ihrem magischen Denken und der Hinwendung zu autoritären Strukturen ein diffuser Versuch, die Grenzen von vernunftbasiertem Wissen über alternatives Erklären und Handeln neu zu ziehen. Theodor W. Adorno hat in seinen *Thesen gegen den Okkultismus* bereits 1951 auf die Nähe zwischen Esoterik und Faschismus hingewiesen.

Aber nicht nur bei den Wissenschaften knarrt es heftig im Gebälk. Die öffentlichen Einrichtungen wurden heruntergeschraubt, viele Leistungen wie Kinderbetreuung und Schulbildung rabiat ausgesetzt – und

auf die Rücken der Familien abgewälzt. Das Gesundheitssystem kann trotz Hightech schwere Krankheit und Tod nicht verhindern und scheint immer wieder an der Grenze der Überlastung zu stehen. Die fürchterliche Bedrohung der »Triage« stand im Raum. Das Bild einer zivilisatorischen Moderne büßte massiv an Strahlkraft ein oder zerbrach für manche ganz. Was mangels Alternativen bleibt, ist pure Dissidenz – nicht mehr weiterdenken, querdenken!

Eine derartige Verunsicherung, gefühlte Ohnmacht und Frustration und daraus resultierender Protest ist für Deutschland keine neue Situation. Norbert Elias hat in seinen *Studien über die Deutschen* unsere politische Kultur im 20. Jahrhundert analysiert und den Übergang der erfolgreich aufstrebenden, humanistischen, vernunftorientierten und weltoffenen Mittelschicht nach Goethe und Schiller, die sich noch über ihre Werte und Vorstellungen vom Adel emanzipieren wollten, hin zu einer nationalistischen, militaristischen und wieder romantisierenden Mittelklasse, die letztendlich Hitler stützte, genau unter die Lupe genommen. Bei der Bearbeitung der Frage, wie die Kulturstadt Weimar und das KZ Buchenwald zusammengehen, pocht Elias darauf, dass Menschen ohne Mitmenschen keine Menschen (geworden) wären: »Es ist eine der elementarsten Eigentümlichkeiten des Menschen, dass er nicht nur ein Bild von sich als einer individuellen Person hat, die ›Ich‹ sagen kann, sondern auch ein Bild von sich als Mitglied von Menschengruppen, zu denen er ›Wir‹ sagen kann ... In entwickelteren zeitgenössischen Nationalstaaten sind Ich- und Wir-Erfahrung unter normalen Bedingungen scharf gesondert, und die erste, die Erfahrung seiner selbst, als eines von allen anderen abgehobenen und isolierten Individuums, steht hell und scharf im Zentrum der Selbstwahrnehmung, während die Wahrnehmung der als ›Wir‹ erlebten Bezüge eher im Hintergrund bleibt ... In nationalen Notsituationen jedoch verschiebt sich der Schwerpunkt für kürzere oder längere Zeit: Die emotionale Besetzung der Wir-Ebene des Selbstbildes wird gewöhnlich stärker und die der Ich-Ebene schwächer. Was die Wir-Ebene an emotionaler Aufladung gewinnt, wird der Ich-Ebene entzogen.«

Für Elias schaffen Liberalismus und Nationalismus also gleichbedeutend Sinn und Orientierung. Beides sind selbstsüchtige Ideale, über die

der/die Einzelne um die Anerkennung seiner/ihrer Gruppe buhlt. Dabei besteht zwischen dem liberalen Leitbild, das das Wohl der Mehrheit aus dem Eigeninteresse der Individuen hervorgehen lässt, und dem Kollektivideal, das dem Bemühen und den Interessen der eigenen Gemeinschaft (Heimat, Volk, Nation) den zentralen Platz im Verhaltenskanon einräumt, eine ewige Spannung und eine Balance, die immer kippen kann.

Die Pandemiebekämpfung hat zweifellos eine Schiefelage zum Nachteil der liberalen Kerninstitutionen provoziert. Rechtsradikale schnuppert seither Morgenluft, propagieren seit geraumer Zeit wieder »völkische« Ideale einer »Blut und Boden«-Ideologie und versuchen, sie als Waffe gegen einen angeblich heimatlosen, verräterischen Liberalismus einzusetzen, der nur kosmopolitisches und grenzenloses Chaos verspreche. Mit diesen braunen Ideolog*innen ist nicht zu verhandeln! Sie sind immer feige und zu mutlos, Zukunft nach vorne zu denken. Stattdessen muss Demokratie systemrelevant gemacht werden.

Der wach geküsste Staat und sein Dornröschenschloss

Der von Corona wach geküsste Staat ist keine Gewähr für die Absicherung unserer Demokratie. Er wird weiter als starker Staat agieren, auch nach der Pandemie. Sei es beim anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel, bei der Klimapolitik, der Schaffung von Infrastruktur für Elektromobilität, sei es bei der Digitalisierung oder der Neugestaltung der Daseinsvorsorge.

Dennoch ist ein starker Staat kein Garant für Ausgleich, für Zusammenhalt, für den Fortschritt von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Und keine Garantie für mehr Demokratie. Vielmehr ist nicht von der Hand zu weisen, dass mit dem Auftreten von Covid-19 in großen Teilen der Bevölkerung, auch bei den Eliten, das Verlangen nach Sicherheit und Führung zu einer Fixierung auf die politische Exekutive geführt hat, die das Prinzip parlamentarischer Regierungskontrolle selbst in gefestigten Demokratien wie Deutschland vorübergehend aushebelte. Es gab nicht nur unglaubliche Einschnitte in Grund- und Freiheitsrechte, son-

dern es kam auch zum Auslassen offizieller Kontrollinstanzen. Die parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition war zu Beginn der Krise kaum vorhanden. Selbst die berühmte vierte Gewalt, die Medien, gab sich gegenüber der Regierungspolitik wenig kritisch und schien sich vielmehr einem »Erziehungsauftrag« verpflichtet zu sehen, der Gefolgschaft predigte. Diese Kritikferne und mangelnden Dialoge tun der Demokratie nicht gut.

Bestehende autoritäre Tendenzen können sich dadurch verschärfen. Zurzeit sieht es zwar so aus, als ob Corona viele Rechtspopulist*innen entzaubere. Von Populist*innen und Nationalist*innen geführte Regierungen – ob in den USA, Großbritannien oder Brasilien – haben in der aktuellen Krise oft inkompetent und dilettantisch gehandelt. Auch die wissenschaftliche Politikberatung ist weniger ihr Metier. Ihre Diskursmuster, ihre sogenannten alternativen Wahrheiten zerschellten an der hässlichen Wirklichkeit des Covid-19. Das scheint Nationalismus und Populismus zu schwächen.

Sollte es den Staaten und der Politik nach der Pandemie allerdings nicht gelingen, mit einer klaren Vision eine gerechte Verteilung der Krisenkosten zu organisieren, werden neue Verteilungskämpfe und egoistische Besitzstandswahrung die politische Tagesordnung bestimmen. Sozioökonomische Sicherheit, Absicherung gegenüber Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut, also stabil planbare Zukunftsperspektiven, sind nicht nur wesentlich für die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung, sondern auch Voraussetzungen für demokratische Bürger*innenbeteiligung. Wer das verspielt, spielt autoritären und nationalistischen Ideolog*innen in die Hände. Dies wäre ein optimaler Nährboden für ein Wiedererstarken von Populismus und Rechtsradikalismus.

Damit nach der Pandemie mehr demokratisches Miteinander möglich wird, sollten schon jetzt Weichen gestellt werden. Um den Staat aus seinem Dornröschenschloss zu holen, geht es nicht nur darum, alle Grund- und Freiheitsrechte und politische Repräsentation sowie die zentrale Entscheidungsmacht des Parlamentarismus wiederherzustellen. Ebenso wichtig ist eine breite öffentliche Debatte über die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung. Hier sollten auch Kritiker*innen Gehör finden. Denn nicht

nur die Bürger*innen zweifeln. Man hat manchmal das Gefühl, dass die politische Elite und die Medien ebenfalls vergessen haben, was die Essenz und das Lebenselixier von Demokratie ist: die Anerkennung von Konflikten zwischen Menschen und Gruppen. Und die Austragung dieser Konflikte in einer regelgeleiteten und gewaltfreien Form im Rahmen spezieller Institutionen, vor allem im Parlament. Sowie die Anerkennung der dem Streit folgenden Entscheidungen, an die *alle* Beteiligten gebunden sind.

Der Literaturpreisträger Elias Canetti hat das in seinem Hauptwerk *Masse und Macht* fulminant zum Ausdruck gebracht. »Bei einer parlamentarischen Abstimmung hat man nichts anderes zu tun, als die Stärke der beiden Gruppen an Ort und Stelle zu ermitteln. Es genügt nicht, dass man sie von vornherein kennt. Die eine Partei mag 360, die andere nur 240 Abgeordnete haben: Die Abstimmung bleibt entscheidend als der Augenblick, in dem man sich wirklich misst. Sie ist der Rest des blutigen Zusammenstoßes, den man auf vielfache Weise spielt, durch Drohung, Beschimpfung, physische Erregtheit, die bis zu Schlägen oder Würfen führen kann. Aber die Zählung der Stimmen ist das Ende der Schlacht ... Das Feierliche in all diesen Verrichtungen entstammt dem Verzicht auf den Tod als Instrument der Entscheidung. Mit jedem einzelnen Zettel wird der Tod gleichsam weggelegt. Aber was er bewirkt hätte, die Stärke des Gegners, wird in einer Zahl gewissenhaft verzeichnet. Wer mit diesen Zahlen spielt, wer sie verwischt, wer sie fälscht, lässt den Tod wieder ein und ahnt es nicht.«

In der Demokratie werden Feinde zu Gegnern: Es darf gestritten, der/die Gegner*in darf bekämpft, aber nicht vernichtet werden. Genau diese Grenze haben Teile der »Querdenker« bereits überschritten. Wer den Reichstag oder das Kapitol stürmt, zündelt und zerstört die Demokratie. Doch die Harmoniesucht zwischen Regierenden und Opposition, die Haltung der Medien, die jeden politischen Streit gleich mit demokratischer Meuterei verwechselt, sowie die scharfe Diskreditierung aller Proteste auf der Straße sind brandgefährlich. Konflikte verschwinden nicht, wenn man sie verschweigt. Zu oft setzt sich dann eine einflussreiche Fraktion ohne Debatte und Mitbestimmung durch, was den demokratischen Prozess unglaublich macht und weiter schwächt.

Die wissens- und evidenzbasierte Pandemiebekämpfung beschleunigte solche Tendenzen. Expert*innenwissen ist exklusiv, und wenn es politisch entscheidet, wird die Demokratie ebenfalls exklusiv. Ausschluss durch Vernunft! Oder *Postdemokratie*, wie der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem gleichnamigen Buch treffend titelte. Wissensbasierte Vernunft befördert vielleicht rationales Handeln und kluges Regieren. Doch Vernunft kennt keine Konflikte! Wenn alle Menschen vernünftig handelten, würde es Konflikte nicht geben. Ist die vernünftige Welt darum die beste aller Welten? Wohl eher eine wenig erstrebenswerte Zukunft. Norbert Elias verrät uns im oben genannten Buch auch, warum: »Eine konfliktlose Gesellschaft mag als Gipfel der Rationalität erscheinen, aber sie ist zugleich auch eine Gesellschaft der Grabesstille, der äußersten Gefühlskälte und der höchsten Langeweile – eine Gesellschaft überdies ohne jede Dynamik.« Keine gute Voraussetzung für Demokratie. Wir sollten stattdessen anerkennen, dass es nie eine widerspruchsfreie Gesellschaft geben wird. Und dies begrüßen. Unsere Gegner erkennen, sich ihnen stellen und mit ihnen in den Ring steigen. Um sie als Gegner zu besiegen oder von ihnen besiegt zu werden. Wenn wir dies nicht tun, werden uns manche als Feinde deklarieren. Feinde kann man ausgrenzen, Feinde kann man eliminieren. Und damit jedes Mal ein kleines Stückchen mehr Demokratie zerstören.

Mit Blick auf die Legitimationsverluste, die die liberaldemokratischen Institutionen während der Krise bei vielen Bürger*innen erlitten haben, sodass viele auf die Straße gingen, sollten die Streitlust und Debattenkultur nach der Krise wieder gefördert werden. Zusätzlich empfiehlt es sich, neue Politikformen zu erproben. Dem Gefühl vieler Menschen, dass »die da oben« entscheiden und man selbst nicht mitreden kann, muss entschlossen entgegengewirkt werden. Sonst entstehen Frust und Politikverdrossenheit. Viele sind dann nur noch in ihrer »Blase« unterwegs, das Internet wird konsultiert, um die eigenen, alternativen Wahrheiten bestätigt zu finden, man pflegt die sozialen Medien mit Gleichgesinnten. Es entstehen milieubedingte und nur noch selbstreferenzielle Parallelwelten. Das erschwert die Begegnung und Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. Es wächst die Gefahr, dass wir uns bald sprachlos gegenüberste-

hen. Als Feinde. Politik muss wieder näher an den Menschen ran. Und zwar mit Herz und Verstand. Holen wir den Staat aus seinem Dornröschenschloss – das geht auch ohne Populismus.

Gute Erfahrungen hat man zum Beispiel in Irland mit ständigen Bürger*innenräten mit repräsentativem Charakter gemacht, die nicht nur kosmetische Funktionen ausüben. Solche Räte können dazu dienen, dass Menschen mit verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichen Anschauungen wieder ins Gespräch miteinander kommen. Ausgebildete Moderator*innen garantieren, dass alle zu Wort kommen und nicht die lauteste Stimme im Raum zählt. Auch öffentliche Konsultierungen von Familien-, Bildungs-, Umwelt-, Verkehrsplanungen, die den Alltag von uns allen betreffen, schaffen neues Vertrauen in Demokratie. Es gilt Zeitpolitiken einzuführen, die verschiedene Sphären wie Arbeit, Familie, Freizeit besser harmonisieren lassen.

Besonders wichtig: Wir brauchen endlich eine echte Erneuerung und Verjüngung der Politik, der Parteien, der Gewerkschaften, der Berufsverbände sowie der Vereine. Mehr politischen Streit und Aussprache. Mitgliedschaften müssen niedrigschwelliger werden, die Möglichkeiten, Verantwortung und Repräsentation zu übernehmen, transparenter und durchlässiger sein. Welche/r Jugendliche findet heute schon eine Partei oder Gewerkschaft sexy? Über 70 Prozent der Jugendlichen fühlen sich nicht von unseren Politiker*innen vertreten. Die Coronapolitik hat ihnen bisher leider recht gegeben.

Das muss sich ändern. Wichtig ist bei Jugendlichen eine stärkere »Selbstwirksamkeit«, also das Gefühl, in der Politik Dinge mit dem eigenen Handeln spürbar zu verändern. Auch Ämter sollten mehr rotieren, ohne dass man auf Professionalität und Erfahrung verzichtet.

Politik muss lebensweltlich erfahrbar werden. Besonders im lokalen Raum. Hier kann bürger*innennah auf pandemiebedingte Verunsicherungen, auf die Furcht und das Schutzbedürfnis der Menschen geantwortet werden. Kommunale Politik ist der Ort, wo wir gemeinsame Lösungen suchen müssen, damit Distanz, Ablehnung und Ausschluss nicht erstarren. Ein Ort der Teilhabe und Lebensmöglichkeit und nicht im Sinne eines Herkunftsnachweises. Ein Ort, der riecht und schmeckt, fühlbare

Geborgenheit, Sicherheit und Wohlbefinden schenkt, uns Raum für uns und die Unseren lässt, aber ausreichend groß ist, um an Auseinandersetzungen zu wachsen und für andere und für Unbekanntes offenzustehen. Der Philosoph Ernst Bloch hat diesen Ort im *Prinzip Hoffnung* einmal als Heimat beschrieben. Für Bloch ist Heimat das ewig Vorhandene und ewig Neue. Etwas, »das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war«. Heimat also zugleich als Erinnerung und große Hoffnung. Der Ort, an dem wir waren, und der Ort, zu dem wir hinwollen.

Demokratie eben!

Also mehr Demokratie wagen. Sei es auf der Arbeit, im Verein, in der Schule, in der Familie. Und auch auf der Straße. Letztendlich wird es ohne Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen nicht gehen. Sie waren schon immer ein wichtiger Treiber für mehr Demokratie und müssen diese Aufgabe auch in Zukunft wahrnehmen.

Wer wie im pandemischen Manifest eine Zukunft des sozialen Ausgleichs, der breiten Teilhabe und einer ökologischen Nachhaltigkeit vorschlägt, eine Zukunft, die ein gutes Leben verspricht und keinen zurücklässt, sollte sich von Aristoteles inspirieren lassen. Dessen Masterkategorie für ein gutes Leben ist die politische Teilhabe am öffentlichen Leben. Politik nicht nur als Bürde, als Pflicht, sondern auch als Quelle für Gemeinsames und Anerkennung. Wem es jedoch schwerfällt, Politik mit Wohlbefinden und Genuss zu verbinden, dem/der bleiben immer noch die Wahlen. Das Schöne an Demokratie: Unfähige, verbrauchte oder korrupte Politiker*innen, ideen- und inhaltslose Parteien oder handzahme Oppositionen können abgewählt werden. Der theorieferne Pragmatismus der letzten Jahre, dem die Fantasie, der politische Gestaltungswille und der geistige Tiefgang fehlen, kann beendet werden.

Im eigenen Dorf, in der Stadt, in der Region und im ganzen Land!

Wichtigste Leitplanken für eine solche Politik der Erneuerung:

- ◆ Öffentliche, konstruktiv-kritische Debatten über die Politik der Pandemiebekämpfung; Förderung der Streitkultur, Entmoralisierung und Versachlichung von Argumenten

- ◆ Anerkennung von Krisengewinnler*innen und -verlier*innen, von gesellschaftlichen Widersprüchen, Einleitung einer Politik des sozialen Ausgleichs
- ◆ Erprobung neuer Politikformen: Bürger*innenräte, öffentliche Konsultierungen zu Alltagsfragen, Einführung von Zeitpolitik
- ◆ Echte Erneuerung und Verjüngung von Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände sowie Vereinen durch niedrighschwellige Mitgliedschaften und mehr Selbstwirksamkeit, stärkere Ämterrotation
- ◆ Kommunalpolitik stärken
- ◆ Demokratie systemrelevant machen